



# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 150 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 159 Fernruf 179. Wildbad, Dienstag, den 13. Juli 1920. Fernruf 179. 54. Jahrgang

### Warum der Krieg verloren ging.

Die Literatur über den Weltkrieg hat in den letzten Tagen eine bemerkenswerte Bereicherung erfahren durch ein Buch, das der bekannte österreichisch-ungarische General Alfred Krauß erscheinen ließ. („Die Ursachen unserer Niederlage“, Verlag J. F. Lehmann, München.) Krauß führte beim Ausbruch des Kriegs eine Division gegen Serbien, dann ein Armeekorps, war Generalstabschef des Erzherzogs Eugen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen und befehligte zuletzt eine Armee im Osten. Als der Generalstabschef von Conrad Högenendorff von dem jungen Kaiser Karl abgesetzt, oder wie der Kaiser sich ausdrückte, „abgeschossen“ wurde, da kam Krauß als Nachfolger in Frage, aber er wäre, wie der deutsche General v. Cramon in seinem Buch über den Weltkrieg schreibt, dem Kaiser Karl wegen seiner selbständigen Art auf die Dauer nicht genehm gewesen und so fiel die Wahl auf Erz von Straußenburg. Krauß schreibt natürlich zunächst vom österreichischen Standpunkt aus, sein Urteil ist aber auch da beachtenswert, wo er von den deutschen Verhältnissen spricht und sie nicht selten einer herben Kritik unterwirft.

Krauß spricht zunächst von den zahlreichen Unterlassungen und Versäumnissen, dem Fortwärteln und Gegenüberregieren in Oesterreich-Ungarn, von den verpassten Gelegenheiten vor dem Krieg und während des Kriegs. Die Monarchie war morsch, sagt er, aber nur in ihrer Führung, nicht in ihren Grundlagen. Da konnte von einer kraftvollen, zielstrebigen Außenpolitik nicht die Rede sein, so wenig wie in Deutschland.

Der Operationsplan der beiden Mittelmächte, deren Zusammenarbeiten gleich im Anfang zu wünschen übrig ließ, war nach der Ansicht des Generals Krauß verfehlt. Die deutsche Heeresführung habe den genialen Plan des verstorbenen preussischen Generalstabschefs Grafen Schlieffen in den Grundzügen unglücklich abgeändert und noch unglücklicher ausgeführt. Sehr schwere Vorwürfe erhebt aber Krauß gegen die österreichisch-ungarische Heeresleitung, der es in den ersten Kriegstagen offenbar an dem klaren Einblick in die Lage und an Entschlußkraft gefehlt habe. Es sei ein Fehler gewesen, nur die eine Hälfte des Heeres gegen Rußland und dazu in fehlerhafter Richtung zu verwenden, die andere aber zunächst gegen Serbien, in gleichfalls verfehlter Richtung anzugreifen zu lassen.

Die Fehler der Feldherren, vor der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs, waren freilich, wie Krauß sagt, nur ein Spiegelbild der Fehler der Politik. Die Politik hatte es unterlassen, die Grundlagen für einen Operationsplan zu schaffen. Die ungenügende Vorbereitung und die passive Politik, die den richtigen Zeitpunkt veräußerte, war der größte politische Fehler der Mittelmächte, der das Verjagen der Operationspläne verschuldete. Der ausschlaggebende militärische Grund der gemeinsamen Niederlage sei der, daß die Mittelmächte — und zwar meist getrennt — ihre Heere gegen die Stärke der Gegner, statt gegen ihre Schwächen richteten. Sie hätten die Schwächen zuerst schlagen sollen, ehe sie den Entscheidungsschlagen gegen die Stärksten im Westen begannen. Den Angriff auf Verdun tadelt Krauß sehr; statt dessen hätte gleich nach der italienischen Kriegserklärung ein gemeinsamer wichtiger Angriff gegen Italien ausgeführt werden müssen. — Der Angriff der Oesterreicher aus dem Verfasser. — Der Angriff im Herbst 1917 sei nicht umfassend genug gewesen und zu früh abgebrochen worden — eine Ansicht, die von derjenigen Ludendorffs erheblich abweicht. Der Weltkrieg sei nicht mit der Marnechlacht, sondern erst im Jahr 1916 verloren worden. Verdun, Ticol, Wolhynien und die sinnlose Schöpfung Polens waren die Marksteine unseres Niedergangs.

Nach ist das Urteil des Generals Krauß über Kaiser Karl. Er war zu unserem Unglück weder Feldherr noch Politiker, wollte aber beides sein — wie Wilhelm II. Graf Tisza — übrigens der einzige Staatsmann, den Oesterreich-Ungarn besaß — hat durch seinen ungarischen Eigenmut Wirtschaft, Politik und Heeresführung unaufhörlich geschädigt. Ein vernichtendes Urteil fällt aber Krauß gegen den Grafen Czernin und seine Politik. „Er mag das Brandmal für ewig an sich tragen, einer der Schuldigsten am Niederbruch des Volks zu sein“. Einem Czernin aber stand Bethmann vollweg gleich. Krauß schließt: Der Weltkrieg war

von den Mittelmächten unbedingt siegreich zu beenden, die schlechte Politik nahm auch den Siegen die Kraft der Entscheidung.

### Die Konferenz in Spa.

Am 10. Juli abends traten die beiderseitigen Sachverständigen in der Kohlenfrage in die Beratungen ein, die bis tief in die Nacht dauerten. Die Deutschen machten den Vorschlag, monatlich eine Million Tonnen an den Verband zu liefern, diese Menge sollte aber in einem gewissen Prozentsatz vermehrt werden, wenn die Kohlenförderung in Deutschland steige. Als die Sitzung am 11. Juli durch den Vorsitzenden Ministerpräsidenten Delacroix (Belgien) eröffnet wurde, waren die Kohlenfachverständigen noch zu keiner Einigung gekommen. Die Deutschen hatten schließlich 44 000 Tonnen täglich als Vorzugslieferung angeboten unter der Voraussetzung, daß die Maisförderung im Durchschnitt für den Arbeitstag erhalten und zur Verfügung des Reichskommissars für die Verteilung in Deutschland verbleibe. Das sei nur ein Betrag von 58 Prozent des deutschen Verbrauchs von 1918, wobei die Verschlechterung der Kohlenbeschaffenheit noch gar nicht berücksichtigt sei. Um die Kohlenförderung zu steigern, beabsichtige Deutschland, 50 000 Bergleute noch einzustellen, wovon eine Mehrleistung von 7 700 Tonnen für Mann und Tag erhofft werde. Von der Mehrförderung, die über den Durchschnitt im Mai 1920 (rund 44 000 Tonnen täglich bei 23 Arbeitstagen mit 6 Stunden Schicht) erreicht werde, sollen die Verbündeten 40 Proz. im ersten, 25 Proz. für das nächste Jahr erhalten, während der Rest zur Verfügung Deutschlands bleiben müsse.

Dem Vorschlag gegenüber beharrten die Verbündeten in der Sitzung am 11. Juli, in der sich Lloyd George als erkrankt entschuldigend, auf ihrer Forderung von 2,5 Millionen Tonnen monatlich. Das würde ein volles Viertel des Gesamtbedarfs der deutschen Industrie und Landwirtschaft bedeuten, das Zweieinhalbfache des deutschen Vorschlags, und die Entziehung einer solchen Menge würde für die deutsche Volkswirtschaft geradezu vernichtend sein.

Delacroix fragte, ob die Deutschen ihre zugesagten Wiedergutmachungsvorschläge vorlegen wollten. Reichsminister Simons erwiderte, die Wiedergutmachungsvorschläge seien fertig und sollten in der Nachmittagsitzung übergeben werden. Da sie aber in engem Zusammenhang mit der Kohlenfrage, über die eine Einigung noch nicht erzielt sei, stehen, erbat er um kurze Vertagung zu einer Besprechung mit den Sachverständigen. Nach kurzer Unterbrechung wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und Simons überreichte die Wiedergutmachungsvorschläge, indem er betonte, daß der Plan zusammen mit der Kohlenfrage, mit der er ein Ganzes bilde, zu prüfen sei. Die Kohlenfrage sei von allen die schwerwiegendste und könne nur im Einvernehmen mit den Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern gelöst werden, deren anwesende Vertreter er zu hören bitte.

Hugo Stinnes, Vertreter der Bergwerksbesitzer führte an, was bisher schon geschehen sei, um die Kohlenförderung zu erhöhen und was weiter hierfür in Aussicht genommen sei. Er legte in deutlicher, manchmal scharfer Sprache dar, daß mehr von Deutschland nicht gefordert noch geleistet werden könne, Deutschlands Leistungsfähigkeit sei durch die Schuld der Entente geschwächt. Er warnte ernstlich vor Ueberspannung der Forderungen.

Noch scharfer sprach sich der Vertreter der Bergarbeiter, Abg. Hue aus. Die Bergarbeiterschaft sei durch die langjährige Hungerblockade geschwächt. Sie sei aber doch bereit, durch Uebersichten eine Mehrförderung, die in erster Linie Frankreich zugute komme, zu bewerkstelligen. Die Arbeiterschaft stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Sachverständigen die Grundlage bilde. Die ganze Kohlenfrage sei eine Frage, die alle Länder angehe und nur durch gemeinsames Abkommen geregelt werden könne. Die Verbündeten sollen ja nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgend etwas feststellen können, wenn die Arbeiter es nicht auszuführen bereit seien. Deutschland wird 2,5 Millionen Tonnen monatlich liefern, wenn der Verband die Leute, die in

der ganzen deutschen Industrie dann wegen Kohlenmangels arbeitslos werden, unterhält!

Die entschiedenen Worten der beiden Sachverständigen — auch von der schwarzen Schmach war die Rede — machten auf die Verbandsvertreter offensichtlich großen Eindruck und die vorherige Spannung, die zu einer neuen Krise und einem neuen Diktat Entweder — oder führen zu wollen schien, wie bei der Entwaaffnungsfrage, war zunächst behoben. Die Sitzung wurde auf Montag vormittag 11 Uhr vertagt.

### Der Wiedergutmachungsplan.

Spa, 12. Juli. Der in der gestrigen Sitzung von der deutschen Abordnung vorgelegte Plan für die Sachleistungen befaßt:

Deutschland ist auf Grund des Art. 236 und der Paragraphen 1-4 der Anlage IV zu Teil VIII des Friedensvertrags verpflichtet, zum Zweck der unmittelbaren Wiederherstellung der vom Kriege betroffenen Gebietsstelle der verbündeten und vereinigten Mächte diesen nach näherer Bestimmung des Wiedergutmachungsausschusses Material zu liefern, dessen Wert für die Wiedergutmachungsschuld angerechnet wird. Der Wiedergutmachungsausschuss hat diese Lieferungen noch nicht festgelegt. Der deutschen Regierung sind bisher nur die Anforderungslisten der beteiligten Staaten zur Aeußerung mitgeteilt worden. Diese listen, die die verschiedensten Gegenstände, vom Fischsalm, über Vieh, jede Art Rohstoffe, industrielle Erzeugnisse bis zu ganzen Fabriken umfassen, haben eine eingehende Prüfung erfahren. Es wird festzustellen sein, welche Lieferungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands angefordert werden können und welche mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, insbesondere den Mangel an Rohstoffen, ganz oder zum Teil unausführbar sind.

Es erscheint folgender Plan zweckmäßig.

1. Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art: a) Soweit die Anforderungen Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergabe durch die Fachverbände der Industrie. b) Soweit es sich um Massenartikel handelt, an deren Herstellung auch Handwerk und Kleinindustrie beteiligt ist, werden die Lieferungen durch eine Ausgleichsstelle auf die einzelnen Länder des Reichs verteilt und die Länder vergeben die Lieferungen durch besondere Auftragsämter an Industrie und Handwerk. Solche Auftragsämter sind errichtet oder in der Bildung begriffen in Preußen, das außerdem Zweigstellen für die einzelnen Provinzen errichtet wird, in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und den Hansestädten. Sowohl die Länder als auch die Fachverbände werden zu Leistungsverbänden bestimmt. Als solche können sie nötigenfalls im Zwangswege zur Bewirkung der angeforderten Leistungen anhalten werden. Außerdem zu ernennen beide die Haftung für die tatsächliche Ausführung.
2. Die Sachleistungen sind zum Weltmarktpreis zu berechnen.
3. Die besonderen Aufträge werden durch die von der deutschen Industrie bereits bestehende Vermittlungsstelle für Wiedergutmachungsaufträge in Frankfurt a. M. vermittelt.
4. Es empfiehlt sich, daß von jeder der beteiligten verbündeten und vereinigten Mächte eine doppelseitige Organisation geschaffen wird, die eine für die Vergabe der Aufträge, die andere für die Empfangnahme der Lieferungen.
5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
6. Sicherheitsmaßnahmen sind gegen die Mißbräuche auszuarbeiten, die sich bei bürokratischer Vermittlung von privaten Geschäften einschleichen. Sodann heißt es weiter: 1. Die deutsche Regierung erläßt den Zweck der hiesigen Verhandlungen darin, daß versucht werden soll, zu einer vereinbarten, endgültigen Regelung ihrer Wiedergutmachungspflichten zu gelangen. 2. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen, die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlende 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon jetzt geteilt sind, sondern daß bereits ein sehr erheblich höherer Betrag bezahlt ist. Unterlagen stehen zur Verfügung. 3. Eine Regelung für die Zukunft, die die deutsche Regierung als erfüllbar anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Reichshaushalt zu balancieren. Sonst werden rasch wachsende weitere schwebende Verschuldung und Papiergeldausgabe jede Leistungsfähigkeit antreiben. 4. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überreichten Denkschriften. Sie geht davon aus, daß insbesondere keine weitere Schwächung der schon nach geschwächten deutschen Volkswirtschaft eintritt und die unentbehrlichen wirtschaftlichen Hilfsquellen wieder gewonnen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können. 5. Wird die deutsche Leistungsfähigkeit aufgrund gelogt, so ergibt sich folgendes:







steuergesetz den Gemeinden die Möglichkeit ein, auch von diesem reichsgesetzlich freigelassenen Mindesteinkommen eine direkte Steuer zu erheben. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (W. D. A.) ist bei den Gesetzgebenden Körperschaften dahin vorstellig geworden, daß den Gemeinden unter Entziehung dieses Rechts in geeigneter Weise Gelegenheit zur Erzielung weiterer Einnahmequellen gegeben wird.

Der Blumentag ergab in Stuttgart nach vorläufiger Zählung rund 50 000 Mark, in Eßlingen über 15 000, Ludwigsburg 11 000, Waiblingen 9500 (!), Zuffenhausen 9000, Cannstatt 8000, Sindelfingen 5600 M. Das Gesamtergebnis im Lande dürfte 200 000 Mark übersteigen.

## Letzte Nachrichten.

### Eine amtliche Erklärung.

**Berlin, 12. Juli.** Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, die Behauptung, daß Deutschland durch die Unterzeichnung der militärischen Abmachungen vom 9. Juli 1920 der Entente einen Freibrief für weitere Besetzung deutschen Gebiets im Fall der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Entwaffnungsverpflichtungen gegeben habe, sei unrichtig. Deutschland versprach nur die auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

### Belgiens Beuteanteil.

**Brüssel, 12. Juli.** „Nation Belge“ berichtet, Belgien seien jetzt 8 Prozent der Kriegsschadigung von den Verbündeten fest zugesagt worden, dazu werde es die in den belgischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe erhalten. Auch die Ablösung der 7 Milliarden Goldmark sei zugesagt und es werde 40 Prozent von den Gegenständen bekommen, die Österreich und Ungarn abliefern müssen. Belgien solle vor allem 12 Milliarden Goldmark erhalten, indem gewisse Forderungen Deutschlands in fremden Staaten an Belgien abgetreten werden und ein Teil der Verkaufssumme aus dem Kriegss-

material der deutschen Arsenale ihm zufalle. Belgien seien 6 Schiffe mittlerer Größe und 6 unter 10 000 Tonnen, insgesamt 130 000 Tonnen zugesprochen, die Deutschland auf die Entschädigung angerechnet werden. Außerdem fordere Belgien 260 000 Tonnen als Ersatz für Schiffe, die durch Tauchboote versenkt wurden.

### Die Besetzungskosten.

**Brüssel, 12. Juli.** Die „Nation Belge“ will wissen, der Oberste Rat habe die Besetzungskosten gleichmäßig auf 36 französische Franken (nach heutigem Kurs etwa 116 Mark) für den Kopf und Tag festgesetzt, während bisher 25 Franken für jeden amerikanischen und 35 Schilling für jeden englischen Soldaten bezahlt wurden.

### Verlorener Streit.

**Saarbrücken, 12. Juli.** Der Streit der Metallarbeiter wird im allgemeinen als beendet angesehen. In Völklingen wurden Arbeitswillige durch Streikposten an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert. Es wird jetzt beabsichtigt, die Arbeitswilligen unter besonderem polizeilichen Schutz zu nehmen.

**Saarbrücken, 12. Juli.** Die gestrigen Stadttrahnenwahlen brachten einen Sieg der bürgerlichen Parteien, auf die zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen entfielen.

**Paris, 12. Juli.** „Petit Parisien“ wird mitgeteilt, Minsk sei von den Roten Truppen eingenommen worden.

**Konstantinopel, 12. Juli.** Mustafa Kemal Pascha soll nach einem amerikanischen Blatt dem Sultan geschrieben haben, die Lage der Türken in Kleinasien sei gut. Er habe 3000 Griechen gefangen genommen. Araber und Mesopotamier haben Hilfe versprochen. Die Hauptfeinde seien die Engländer und Griechen.

**Washington, 12. Juli.** Wie verlautet, will die amerikanische Regierung sich halbamtlich an der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vertreten lassen.

## Aus der Heimat.

Wilddad, den 13. Juli 1920.

**Fernsprechsache.** Am 16. Juli wird mit der Abnahme der Apparate der getündigten Teilnehmerstellen begonnen. Ründigungen können beim Postamt noch bis zum 14. Juli schriftlich zurückgezogen werden.

**Der Mittelstand und das Landesbad Wilddad.** Dem Schwäb. Merkur wird aus Wilddad geschrieben: Nachdem Baden-Baden bekannt gibt, daß es seine Kurtage ermäßigt und in Abstufungen eingeteilt habe mit folgenden Sätzen: tägl. 2 M., 1.50 M., 1 M. und 50 Pf., erscheint die von der Badverwaltung festgesetzte Kurtage von wöchentlich 20 M. oder täglich 2 M. 85 Pf. ohne Abstufung noch schärfer. Die mittleren und kleinen Gastwirte, deren Häuser jetzt während der Hauptbadezeit noch recht schwach besucht sind und die für ihre Existenz fürchten, haben deshalb energische Vorstellungen dahin erhoben, daß die hiesige Kurtage wie in Baden-Baden sofort ermäßigt wird. Zu der Kurtage ist eine weitere Belastung unserer Kurgäste getreten. Die Kommunalverbände wurden vom Ernährungsministerium ermächtigt, zur Deckung der Ueberwachung des Fremdenverkehrs usw. für die Ausstellung der Zulassungsscheine eine Gebühr zu erheben. Während nun in den letzten Jahren hierfür 2 M., 3 M. und 5 M. erhoben wurden, legt das Oberamt Neuenbürg Beträge von 10, 15, 20 und 30 M. für 1 Zulassungsschein an! Dazu kommen noch die Kosten des amtärztlichen Zeugnisses von 10—25 M. Man braucht sich angesichts dieser „einhemmenden“ Behandlung der Kurgäste nicht mehr fragen, warum unser Bad heuer vom Mittelstand so schwach besucht wird. Unsere turbedürftigen Landsleute werden förmlich gezwungen, „ausländische“ Bäder aufzusuchen, denn in Baden, Bayern und Hessen sind sie willkommen und werden nicht in so empfindlicher Weise dafür „abgestraft“, daß sie krank und turbedürftig sind und ein Bad aufsuchen müssen.

## Bekanntmachung.

Anmeldungen auf

### Baumstützen

mit Angabe der Stückzahl und Länge, werden in der Zeit vom Freitag, den 9. bis Donnerstag den 15. Juli 1920 bei der unterzeichneten Stelle entgegengenommen. Nachträgliche Anmeldungen müßten unberücksichtigt bleiben.

Den 8. Juli 1920.

Stadtpflege Wilddad.

## Aufforderung

zur

### Brennholz-Anmeldung.

In der Zeit vom Montag, den 12. Juli bis Donnerstag, den 15. Juli je vormittags 8—12 Uhr und 3—6 Uhr werden auf dem städt. Lebensmittelamt Brennholz-Anmeldungen von der hiesigen Einwohnerschaft entgegengenommen. Die Preise für das Rechnungsjahr 1920 und die Quantumsabgabe sind durch Gemeinderatsbeschuß vom 15. Juni 1920 wie folgt festgelegt worden:

Nadelholzprügel	pr. Rm.	25 M.
Laubholzprügel	„	30 „
Nadelholzreisprügel	„	15 „
Laubholzprügel	„	18 „
Brennrinde	„	10 „

Für Kriegswitwen kommen die Hälfte dieser Sätze in Anwendung. Abgegeben werden im Wege der Verlosung:

- an selbstständig lebende, einzelne Personen mit eigenem Haushalt 3 Rm.
- an Familien bis zu 2 Personen 4 Rm.
- an Familien mit 3 und mehr Personen 6 Rm.

Kriegswitwen wollen bei der Anmeldung sich als solche bezeichnen. Personen oder Familien die keinen oder nur sehr wenig Holzvorrat haben, wollen ihren Bedarf als dringend anmelden. Die dringlichen Anmeldungen werden durch Nachkontrolle auf ihre Richtigkeit geprüft, wer in dieser Beziehung unrichtige Angaben gemacht hat, wird in die Letzte Verlosung eingereiht. Die Weiterveräußerung des zugewiesenen Holzes nach auswärts oder an Holzhändler ist streng verboten. Eine Weiterveräußerung an hiesige Einwohner darf nur zum Selbstkostenpreis erfolgen. Zuwiderhandelnde werden von jeder weiteren Verlosung ausgeschlossen.

Anmeldungen auf Brennholz aus dem Walddistrikt Regental nehmen die Anwaltämter in Sprollenhau und Ronnenmühl von ihren Parzelleneinwohnern entgegen.

Wer innerhalb der festgesetzten Holz anmeldungsfrist seinen Bedarf nicht anmeldet, kann auf eine Holz zuweisung nicht mehr rechnen.

Den 8. Juli 1920.

Stadtpflege Wilddad.

## Rom. Chierogato

Wilhelm-Strasse 83.

Obst- und Südfrüchten-Handlung

- ☐ Täglich frische Kirschen ☐
- ☐ : Sämtliche Südfrüchten : ☐
- ☐ Span. Weine :: Gemüse ☐

## Margarine.

Auf Lebensmittelmarke 15 wird ¼ Pfund Margarine abgegeben. Liefenschluß Mittwoch abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wilddad.

## Eier.

Die Stadtgemeinde hat eine größere Menge frische ostdeutsche Eier gekauft, welche am Mittwoch vormittag 8—12 Uhr zum Preise von M. 2.— pro Stück abgegeben werden.

Städt. Lebensmittelamt Wilddad.

## Brotkartenabgabe.

Die Abgabe der Brotkarten erfolgt am Donnerstag, vorm. 8—12 Uhr und nachm. 2—6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wilddad.

## Krankenmehl.

Die Abgabe des Krankenmehl erfolgt am Freitag, den 16. Juli, vorm. 8—12 Uhr. Säumige müssen bis zur nächsten Abgabe warten.

Städt. Lebensmittelamt Wilddad.

Wilddad, den 13. Juli 1920.

## Codes-Anzeige.

Tieferschütterter geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treubesorgte Mutter, Schwester, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

**Marie Aberle,** Leichenbesorgerin

geb. Reule

gestern abend um ¼ 9 Uhr unerwartet uns durch den Tod entzogen wurde.

In tiefer Trauer:

Der Gatte **Christian Aberle**  
mit seinen Kindern.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 4 Uhr.

## Landes-Kur-Theater

Wilddad

Direktion Steng & Krauß.

Dienstag, den 12. Juli

Zwangseinquartierung.

Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach.

Mittwoch, den 14. Juli

Der fidele Bauer.

Operette in 1 Vorspiel u. 2 Akten von Viktor Léon.

## F. V. W. Verteilung

morgen Mittwoch, 14. Juli.  
Um pünktliche Abholung wird gebeten.

## Zwergspitzer

weiß, raffinenrein, 5 Monate alt ist zu verkaufen.

Charlottenstraße 209.

## Linden-Kabarett

Wilhelmstraße 147

Eingang durch den Garten.

Dir.: E. Zengler.

1. bis 15. Juli

Täglich 8½ Uhr

Nach Kabarettabschluss:

## Tanz.

Jeden Mittwoch Beginn der Vorstellung 8 Uhr Ende 10 Uhr.  
Kartenvorverkauf im Zigarrengehalt Lokalk.

## Bekanntmachung.

Diejenigen jungen Damen, welche sich bereit erklärt haben, beim Blumentag mitzuwirken, werden auf Donnerstag, den 15. Juli, nachmittags 4 Uhr zu einer Beipredung ins König-Karlbad gebeten.

Frhr. v. Gemmingen,  
Bad-Kommissar.

Der Marktfrage entsprechend gewähre ich auf sämtliche Schuhwaren

## 30% Rabatt

gegen Barzahlung.

Schuhhaus Wilh. Treiber,  
Ludwig-Seegeerstr. 17.

Anfangs nächster Woche trifft ein Waggon prima Lauffener

## Speisekartoffeln

ein zum billigsten Tagespreis. Anmeldungen nimmt entgegen

Karl Tubach,  
Ezstaltstr.

Otto Treiber  
Emma Treiber  
geb. Baumann  
grüßen als  
Vermählte.

Wilddad, 12. Juli 1920.

## Voranzeige.

In den nächsten Tagen treffen für mich ein Quantum hochfeine schneeweise amerik.

## Maccaroni (Eierware)

in Ristchen von 20 Pfd., per Pfd. circa 7.50 bis 8 M., ein. Da die Ware rasch abgeht, empfiehlt sich Vorausbestellung. Wer sich kein ganzes Ristchen leisten kann, stehe mit einigen Bekannten zusammen.

Hochachtend

Robert Treiber.